1. 77. Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes der Stadt Schweinfurt für den Bereich des „Industrie- und Gewerbeparks Maintal“ des Grundstücks Fl.-Nr. 8922/1, Gemarkung Schweinfurt

Bekanntmachung der Genehmigung der Flächennutzungsplanänderung

- I. Der Ferienausschuss der Stadt Schweinfurt hat am 05.08.2021 beschlossen, den Flächennutzungs- und Landschaftsplan zu ändern (77. Änderung). Die Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes wurde von der Regierung von Unterfranken mit Bescheid vom 07.09.2021, Nr. 32-4621.11-1, gemäß § 6 Baugesetzbuch (BauGB) genehmigt. Die Erteilung dieser Genehmigung wird hiermit gemäß § 6 Abs. 5 Satz 1 in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.

Die Änderung des Flächennutzungsplans wird mit dieser Bekanntmachung wirksam (§ 6 Abs. 5 Satz 2 in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB).

Die Änderung des Flächennutzungsplans mit Landschaftsplan, die Begründung und die zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Flächennutzungsplan berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, werden vom Tag der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an für jedermanns Einsicht im Stadtentwicklungs- und Hochbauamt, Rathaus, Markt 1, Schweinfurt während der Dienststunden bereitgehalten. Auf Verlangen wird über deren Inhalt Auskunft gegeben.

- II. Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie der Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplanes schriftlich gegenüber der Stadt Schweinfurt unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

**Schweinfurt, 29.09.2021
STADT SCHWEINFURT**

**Remelé
Oberbürgermeister**

2. Änderung des Bebauungsplans Nr. S 5 „Industrie- und Gewerbepark Maintal“ incl. Grünordnungsplan für das Gebiet im nördlichen Bereich zwischen den bebauten Grundstücken Fl.Nrn. 8835/19 und 8922, nördlich der Amsterdamstraße der Gemarkung Schweinfurt

Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan

- I. Der Ferienausschuss der Stadt Schweinfurt hat am 05.08.2021 beschlossen, den rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. S 5 mit Grünordnungsplan zu ändern. Es handelt sich dabei um die 10. Änderung des o. g. Bebauungsplanes.

Dieser Beschluss wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.

Der Bebauungsplan tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft (§ 10 Abs. 3 Satz 4 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB).

Der Bebauungsplan mit Begründung und der zusammenfassenden Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, werden vom Tag der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an für jedermanns Einsicht im Stadtentwicklungs- und Hochbauamt, Rathaus, Markt 1, Schweinfurt, während der Dienststunden bereitgehalten. Auf Verlangen wird über deren Inhalt Auskunft gegeben.

II. Hinweis gemäß § 44 Abs. 5 BauGB

Entschädigungsberechtigte können Entschädigung verlangen, wenn die in den §§ 39 - 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Sie können die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, dass sie die Leistung der Entschädigung schriftlich bei der Entschädigungspflichtigen beantragen (§ 44 Abs. 3 Sätze 1 und 2 BauGB).

Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird (§ 44 Abs. 4 BauGB).

- III. Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie der Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Stadt Schweinfurt unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Schweinfurt, 29.09.2021

STADT SCHWEINFURT

Remelé

Oberbürgermeister